

Unterschriftenliste Nummer: 4

**für die Volksinitiative Hamburger Zukunftsentscheid  
zum Erlass des folgenden Gesetzes:  
Gesetz für besseren Klimaschutz**



**Erklärungen:**

- Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes.
- Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Lfd. Nr.	Familien-, Vorname(n)	Geburts-Jahr	Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg	PLZ	Datum	Unterschrift	Amtliche Vermerke
1							
2							
3							
4							
5							

Bitte senden Sie diese Unterschriftenliste, im Original per Post, möglichst bis zum 24.01.2024 an:

**Hamburg Klimaneutral e.V, Eiffestraße 600, 20537 Hamburg** oder kontaktieren sie uns per E-Mail:

**kontakt@zukunftsentscheid-hamburg.de** und wir holen die Liste(n) dann gerne bei Ihnen ab!

Weitere Listen können Sie unter [zukunftsentscheid-hamburg.de/cta/unterschriftenliste](https://www.zukunftsentscheid-hamburg.de/cta/unterschriftenliste) herunterladen und ausdrucken.



Mehr Informationen finden Sie unter [zukunftsentscheid-hamburg.de](https://www.zukunftsentscheid-hamburg.de)

**Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 01.01.2024**

Initiatoren: Hamburg Klimaneutral e.V., Vertrauenspersonen (erklärungsberechtigte Personen): 1. Luise Voß, 2. Sebastian Gleiniger, 3. Lou Töllner

**Hinweise:** 1. Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftenlisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt einer dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungsberechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre nach § 51 des Bundesmeldegesetzes eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftenliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt. 2. Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. 3. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben: a) Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG), b) sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG), c) sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG). 4. Jede der oben genannten Personen ist berechtigt, für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen, a) dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG), b) ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung dem Anliegen der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG)